



Stefanie Molthagen-Schnöring, Jan Wöpking

Gute wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie: Zehn Empfehlungen

IMPULSPAPIER FÜR DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

In der Pandemie ist Wissenschaft politischer und Politik wissenschaftlicher geworden. Zugleich sind die Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse von Wissenschaft und Politik komplexer und mitunter komplizierter geworden. Wissenschaftliche Politikberatung ist stärker als bisher in die Aufmerksamkeit von Medien und Gesellschaft geraten.

Dies bedeutet eine enorme Chance. Um den gestiegenen Erwartungen an wissenschaftliche Politikberatung zu entsprechen, sind Wissenschaft und Politik aufgerufen, die Praktiken und Standards ihrer Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Das vorliegende Papier soll dazu beitragen und entwickelt zehn Empfehlungen für gute wissenschaftliche Politikberatung.

AUSGANGSLAGE

In der Corona-Pandemie hat die Wissenschaft so unmittelbar und sichtbar Einfluss auf die Politik und den Alltag der Menschen genommen wie selten zuvor. Entsprechend bekommt die Frage, wie wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie aussehen soll, zunehmend Aufmerksamkeit: „Wir müssen die Politikberatung neu aufstellen!“, fordern etwa Caroline Schmutte und Heyo Kroemer (2021). Denn für die wissenschaftsgeleitete Bekämpfung von Covid-19 war neben der Erforschung des Virus und der präzedenzlos schnellen Entwicklung eines hochwirksamen Impfstoffs vor allem die Beratung der Politik entscheidend: „Viele wissenschaftliche Akteure haben zur Information und Beratung politischer Entscheidungsträger einschließlich der Arbeitsebene beigetragen“ (Wissenschaftsrat 2021: 18). Wissenschaftler_innen haben Regierungen und Parlamente zu Abstandsregeln, Inzidenzwerten und Impfstrategien beraten und

zugleich über Podcasts, Talkshows und Zeitungsartikel die Gesellschaft informiert und aufgeklärt. Offenbar mit Erfolg – denn der Wissenschaft wurde in der Pandemie seitens der Bevölkerung großes Vertrauen entgegengebracht (vgl. Wissenschaft im Dialog 2020). Eine auf Fokusgruppen basierende Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt zudem, dass in der Gesellschaft ein klares Bild über die Aufgabenverteilung zwischen Wissenschaft und Politik vorherrscht: Die Wissenschaft stellt Informationen, Analysen und Empfehlungen zur Verfügung, während die letztliche Verantwortung und Entscheidungskompetenz bei der Politik liegt (vgl. FES/pollytix 2021: 24). Kurz: *Wissenschaft berät, Politik entscheidet*.

Ist also alles in Ordnung zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft? Ganz so einfach ist es nicht. Denn der anfängliche Eindruck passgenauer Zusammenarbeit zwi-

schen Wissenschaft und Politik bekam mit steigenden Inzidenzzahlen Risse: Die Politik klagte über die Vielstimmigkeit teilweise widersprüchlicher Einschätzungen und Empfehlungen der Wissenschaft. Diese wiederum zeigte sich irritiert, dass ihre Papiere nicht genug gelesen und ihre Ratschläge nicht genug beachtet würden. In Teilen der Bevölkerung nahm die „Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Expertise“ zu (Wissenschaftsrat 2021: 23). Und medial besonders engagierte Wissenschaftler_innen wurden zum Feindbild von Populist_innen und Querdenker_innen und bekamen sogar Morddrohungen.

Die bereits zitierte FES-Studie listet weitere Unsicherheiten auf Seiten der Gesellschaft auf: Auswahl- und Entscheidungskriterien von wissenschaftlichen Beratungsgremien können häufig nicht beurteilt werden bzw. erscheinen intransparent. Darüber hinaus bestehen Zweifel hinsichtlich der Neutralität von wissenschaftlicher Politikberatung bis hin zum Vorwurf der unlauteren, einseitigen Beeinflussung (vgl. FES/pollytix 2021: 25). Diese Diagnose gibt Anlass zur Sorge, zumal vor dem Hintergrund von Verschwörungserzählungen und verbreiteter Impfskepsis. Laut der jüngsten „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmte jeder Fünfte der Aussage zu, „Politiker_innen und andere Führungspersönlichkeiten seien Marionetten dahinterstehender Mächte“ (Lamberty/Rees 2021: 289).

Vor diesem Hintergrund scheint es angebracht, eingehender über die Praxis wissenschaftlicher Politikberatung zu diskutieren. Zwar kann die Beratung der Politik durch die Wissenschaft in der Pandemie, getragen durch außerordentliches Engagement unzähliger Wissenschaftler_innen, insgesamt als erfolgreich beurteilt werden. Zugleich ist aber deutlich geworden, dass das Zusammenspiel beider Systeme von einer verstärkten Reflexion über Standards weiter profitieren kann. Für diese Standards möchten wir im Folgenden zehn Vorschläge zur Diskussion stellen.

ZEHN EMPFEHLUNGEN

1. Transparenz

Wie die aktuelle FES-Studie zeigt, wissen die Bürger_innen wenig bis nichts über den Prozess wissenschaftlicher Politikberatung. Damit gehen Zweifel an der Objektivität sowie Annahmen einer möglichen Beeinflussung durch (wirtschaftliche) Lobbyinteressen einher, die sich negativ auf das Vertrauen in Politik und Wissenschaft auswirken können (FES/pollytix 2021: 25).¹ Umso wichtiger ist es, größtmögliche Transparenz im Beratungsprozess herzustellen. Die Transparenz hat wenigstens drei Aspekte:

(1) Wissenschaftler_innen sollten sich ihrer Rolle als Berater_innen – und eben nicht Entscheider_innen – bewusst sein und dies auch gegenüber der Öffentlichkeit immer klar kommunizieren. Politiker_innen sollten wiederum grundsätzlich erklären können, warum sie sich von wem wozu beraten lassen. Dies verkennt nicht, dass es einen Bedarf an vertraulicher Beratung geben kann. Doch gerade bei Beratungen, die so erhebliche Auswirkungen auf den Alltag aller Menschen haben, ist zumindest eine Angabe darüber, wer wen und warum beraten hat, wichtig, um Vertrauen zu sichern. Deshalb scheint es auch grundsätzlich sinnvoll, über wenigstens gelegentliche öffentliche Beratungen nachzudenken, wo das nicht bereits geschehen ist.

(2) Zur Wissenschaft gehört dazu, in Zweifel zu ziehen, abzuwägen, Hypothesen zu formulieren und wieder zu verwerfen, einen neuen Ansatz zu wählen.² Ein Merkmal der Corona-Pandemie war, dass die Gesellschaft genau das live und weitgehend ungefiltert miterlebt hat. Die Leopoldina (2021) betont deshalb zu Recht: „Es ist wichtig, dass die Wissenschaft [...] Unsicherheiten und Grenzen des Wissenstandes erklärt, um falschen Erwartungshaltungen entgegen zu wirken.“

(3) Wissenschaftler_innen sollten klar sichtbar zwischen Information, Analyse (inkl. Szenarienerstellung) und möglicher Empfehlung trennen (vgl. Niebuhr 2021).

¹ Siehe auch das Papier von Ricarda Ziegler und Markus Weißkopf mit Empfehlungen zur Wissenschaftskommunikation, das ebenfalls auf Grundlage der Ergebnisse der Fokusgruppendifkussionen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden ist: Ziegler/Weißkopf 2021

² Vgl. Matthias Kleiner in Weidenfeld 2020.

2. Pluralität

Die Pandemie hat die Gesellschaft als Ganzes betroffen und Auswirkungen auf alle ihre sozialen Systeme gehabt, von Gesundheit über Wirtschaft bis Bildung. Die kommenden Herausforderungen wie Klimawandel oder die Veränderung der Arbeitswelt durch disruptive Technologien brauchen nicht nur ähnlich viel Beratung, sondern sind auch mindestens genau so komplex und vieldimensional wie die Pandemie. Wissenschaftliche Politikberatung muss dieser Komplexität angemessen sein. Dafür muss sie das Wissen und die Perspektiven einerseits vieler Fachdisziplinen und andererseits vieler gesellschaftlicher Gruppen zusammenführen (vgl. Wissenschaftsrat 2021: 18-19), gerade weil sich dadurch ein vielschichtiges Bild ergibt. Während die Öffentlichkeit wissenschaftliche Beratung zumeist mit Naturwissenschaften assoziiert (vgl. FES/pollytix 2021: 8), sind gerade auch Geistes- und Sozialwissenschaften wichtig, etwa wenn es um historische Kontextualisierung oder die Eigenlogik sozialer Systeme geht. In der Pandemie brauchte es nicht nur Virolog_innen, sondern auch Bildungsforscher_innen, Ökonom_innen und Ethiker_innen. Die entsprechenden Expert_innengremien sollten selbst divers besetzt sein, um auch hier blinde Flecken und einseitige Perspektiven zu vermeiden und daher bessere Beratung sicherzustellen. Hinzu kommt, dass eine diverse Gremienbesetzung die öffentliche Aufnahmebereitschaft gegenüber den Empfehlungen erhöht.

3. Passendes Timing

Der Faktor Zeit ist in der wissenschaftsbasierten Politikberatung von zentraler Bedeutung, denn Politik und Wissenschaft folgen sehr unterschiedlichen zeitlichen Logiken. Während Politik schnelle Beratung mit exakten Szenarien fordert, arbeitet Wissenschaft mit „Wahrscheinlichkeiten und Ungewissheiten, entwickelt, verwirft und überarbeitet Hypothesen meist über lange Zeiträume“ (Burk/Hetze 2021). Doch Politiker_innen haben wenig Zeit und zwar tendenziell umso weniger, je herausgehobener ihre Position ist. Für die beratende Wissenschaft heißt das, sich darauf einzulassen, also kompakt und dem jeweiligen Adressaten entsprechend zu kommunizieren, Ergebniszusammenfassungen oder andere Kurzformen von Studien zu erstellen. Das liegt nicht allen Wissenschaftler_innen gleichermaßen. Zugleich gilt aber

auch, dass bei aller akuten Kurzfristigkeit gerade große politische Vorhaben einen sehr langen Zeitrahmen haben – und in diesem Fall sollte der Zeitbedarf wissenschaftlich fundierter Forschung respektiert und entsprechend eingeplant werden.

4. Gesicherte Qualität

Es ist von überragender Bedeutung, dass wissenschaftliche Expertise, auf die sich Politik in ihren Entscheidungen stützt, von gesicherter (hoher) Qualität ist. Das hat wenigstens drei Dimensionen:

(1) Wissenschaftliche Beratung sollte robust sein, was nicht mit „absolut sicher“ zu verwechseln ist. Ein Best-Practice-Beispiel sind die IPCC-Klimaberichte, die jeweils den *Level of Confidence* bei ihren Einschätzungen angeben.³ Eine Variante davon ist die Angabe darüber, ob die vertretene Einschätzung weitgehender Konsens in der jeweiligen Disziplin ist oder ob sie Gegenstand kontroverser Beratung ist, wie es etwa bei vielen Fragen zu Beginn der Covid-19-Pandemie der Fall war.

(2) Beratung sollte innerhalb der *wissenschaftlichen Expertise* erfolgen und die Grenzen dieser Expertise sollten im Zweifelsfall mitkommuniziert werden („Ich bin Virologe, aber kein Kinderarzt“). Dies ist einerseits eine Selbstverantwortung der Wissenschaft. Andererseits ist es eine Aufforderung an die Politik, auf tatsächlich ausgewiesene Expert_innen zurückzugreifen. Diese zu finden, oft in kurzer Zeit, ist keine triviale Aufgabe. Es sollte deshalb noch weiter darüber nachgedacht werden, der Politik transparente Suchmethoden für Expert_innen zur Verfügung zu stellen - idealerweise natürlich durch die Wissenschaft selbst. Eine wichtige Rolle nehmen hier bereits die Akademien ein, wie in der Pandemie besonders am Fall der Leopoldina deutlich wurde.

(3) Sensibel sind Grauzonen, in denen sich wissenschaftliche Politikberatung und wissenschaftliches Lobbying berühren. Beide sind legitim, sollten aber nicht unbewusst vermischt werden. Dies betrifft etwa Fälle, in denen das Potenzial neuer Forschungsfelder skizziert wird („Wir brauchen hierzu mehr Forschung“, „das wird unsere Gesellschaft bahnbrechend verändern“). Hier gilt es die oben angesprochene Klarheit über Motive und Rollen zu schaffen.

³ Eine Übersicht der Reporte findet sich unter <https://www.ipcc.ch/about/preparingreports/>

5. Nach der Beratung: Kommunikation und Fairness

Der Prozess wissenschaftlicher Politikberatung endet nicht mit der Abgabe des Dokuments, das Empfehlungen enthält. Denn gerade in der anschließenden Phase entscheidet sich, welche Wirkung die Empfehlungen entfalten können. Das gilt besonders, wenn mediales und öffentliches Interesse an den Empfehlungen besteht. Dann kommt es nicht nur auf die Empfehlungen an, sondern auch auf ihre Kommunikation. Grundsätzlich scheint es sinnvoll, die Empfehlungen öffentlich zu erläutern, auf Fragen und auch kritische Einwände einzugehen. Am besten geschieht das durch die Expert_innen selbst: „Wirklich erfolgreich kann wissenschaftliche Politikberatung nur sein, wenn sie die Entscheidungen auch plausibel erklärt. Dabei ist es wichtig, zwischen tatsächlichen wissenschaftlich unstrittigen Erkenntnissen und [...] Abwägungselementen zu unterscheiden.“ (Dullien 2021)

Ebenso entscheidend ist, wie die Politik mit den Empfehlungen umgeht, besonders wenn sie in eine andere Richtung gehen, als sich die Politik das erhofft. Gemäß des Grundsatzes *Wissenschaft berät, Politik entscheidet* ist das zwar völlig normal und an sich unproblematisch, wichtig ist aber, dass dies von Seiten der Politik transparent und fair kommuniziert wird. Schädlich wäre, wenn ein Dissens in der Sache in Form personalisierter Kritik ausgedrückt würde. Auch eine pauschale Disqualifizierung der Empfehlungen ist problematisch, wenn beispielsweise eine Kommission unwillkommene Empfehlungen zum Reformbedarf sozialer Sicherungssysteme ausspricht. Schließlich: Wenn Politik Entscheidungen trifft, die erkennbar von den wissenschaftlichen Empfehlungen abweichen, dann sollte sie dies in transparenter Weise tun, ohne die wissenschaftlichen Empfehlungen in ihrem Wert herabzusetzen.

6. Wissenschaftler_innen schützen

Gerade in der Pandemie sind Wissenschaftler_innen, die Politik in kontroversen Fragen beraten haben oder sich in Podcasts oder Talkshows öffentlich zu diesen Empfehlungen geäußert haben, teilweise massiv angegriffen worden. Ähnliches kannte man bereits von Klimawissenschaftler_innen. Das Spektrum der Angriffe reicht im Falle der Pandemie von Beleidigungen über Diffamierungen bis hin zu Morddrohungen. Hier stehen Wissenschaftseinrichtungen und Politik gleichermaßen in der Verantwortung, Wissenschaftler_innen zu schützen und gegen Angriffe zu verteidigen.

Wir empfehlen dafür vorsorglich Krisenschutzmechanismen einzurichten, etwa entlang der Vorschläge der #FactoryWisskomm (vgl. BMBF 2021).

7. Kein Rosinenpicken

Wissenschaftliche Politikberatung lebt von Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Empfehlungen: „Sie wird vom Stand der Forschung und nicht von wirtschaftlichen Gewinn- oder politischen Machtinteressen geleitet.“ (Leopoldina 2021) Daraus bezieht sie ihre Glaubwürdigkeit und kann fundierte Grundlagen für politische Entscheidungen schaffen. Der Beratungsprozess sollte diese Unabhängigkeit nicht nur schützen, sondern idealerweise gezielt fördern. Werden hingegen von politischer Seite immer wieder und bevorzugt Wissenschaftler_innen herangezogen, von denen man erwartet, dass sie die eigene politische Position stützen und bekräftigen, ist das problematisch. Denn auf Dauer kann es das Vertrauen der Gesellschaft in Politikberatung unterminieren, wenn diese als Bestätigungs- oder Legitimierungsfunktion dessen wahrgenommen würde, was politisch ohnehin schon vorher gewusst oder gefordert wurde. Umgekehrt ist es besonders begrüßenswert, wenn Politik auch dann die Wissenschaft zu Rate zieht, wenn sie davon ausgehen muss, dass sie die eigene Position (der Politik) in Frage stellt, wo kein Einvernehmen zu vermuten ist.

8. Daten: mehr, besser, schneller!

Wissenschaft, Politik und auch wissenschaftliche Politikberatung werden künftig viel stärker auf Grundlage empirischer Daten stattfinden. In diesem Bereich hat Deutschland substanziellen Nachholbedarf, denn „Politik und Wissenschaft sind datentechnisch mehr oder weniger blind durch die Pandemie gestolpert“ (Schularick 2021: 75). Auch eine jüngste Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung kommt zu dem Ergebnis, dass „es in vielen Bereichen deutliche Datendefizite gibt und wichtige Datenbestände für eine krisenbezogene Politikberatung fehlen“ (Kuhlmann et al. 2021: 3). Nur ein Beispiel: Zu dem Zeitpunkt, in dem dieses Papier verfasst wird, ist noch immer nicht verlässlich klar, wie viele Menschen in Deutschland eigentlich gegen Covid-19 geimpft sind. Die Konsequenz ist klar: Es braucht mehr Daten, die systematischer erhoben werden. Gerade in Krisenzeiten muss die Datensammlung und Bereitstellung deutlich agiler geschehen. Es muss möglich sein, ad hoc essenzielle Daten zu identifizieren.

ren und zu erheben. Die gesammelten Daten müssen dann für Forschungszwecke flexibel, nutzbar und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Eine detaillierte Analyse des Handlungsbedarfs geben Kuhlmann et al. 2021.

9. Politikberatung zwischen Normalzustand und Krisenmodus

Die deutsche Politik verfügt über viele wissenschaftliche Beratungsgremien, die überwiegend auf den Normalzustand ausgelegt sind. Die Corona-Pandemie war deshalb auch ein Stresstest für das Beratungssystem, den es insgesamt nicht nur gut bestanden hat, sondern der zugleich eine steile Lernkurve darstellte. Die Reaktionszeit wissenschaftlicher Gremien auf politischen Beratungsbedarf hat sich wesentlich verkürzt: Was früher Monate bis Wochen brauchte, verkürzte sich in der Pandemie auf wenige Tage. Dennoch sind die Erfahrungen der Pandemie Anlass, über die Anforderungen an Politikberatung unter den extremen Bedingungen einer Krise nachzudenken, die sich merklich von Politikberatung im Normalzustand unterscheidet: „Die Krise hat allerdings eine weitere zentrale Herausforderung deutlich zutage treten lassen, nämlich auch unter hohem Zeit- und Handlungsdruck fundierte, gut begründete und ausgewogene Beratung situations- und adressatengerecht bereitzustellen.“ (Wissenschaftsrat 2021: 18) Zwei Punkte sind hier wichtig: Erstens braucht es verstärkte Reflexion und Sensibilisierung darüber, wie Wissenschaft qualitätsgesichert beraten kann, wenn sie unter dem extremen Zeit- und Handlungsdruck einer Krise nicht auf den etablierten Qualitätssicherungsmechanismus *Peer Review* zurückgreifen kann, schlicht weil das viel zu lange dauern würde (vgl. Leopoldina 2021). Zweitens wäre zu diskutieren, ob Deutschland ein eigenständiges Gremium braucht, das den expliziten Auftrag der politischen Beratung in Krisen und Notfallsituationen hat. Als erfolgreiches Modell wurde wiederholt auf die britische *Scientific Advisory Group on Emergencies* (SAGE) verwiesen (Schularick 2021; Schmutte/Kroemer 2021).

10. Das Fundament: Herausragende Wissenschaft

Kein Papier zu Bedingungen guter wissenschaftlicher Politikberatung sollte schließen, ohne auf die wichtigste dieser Bedingungen einzugehen: herausragende Wissenschaftler_innen. Deshalb lässt sich mit Christian Bermes (2021) festhalten: „Wenn es darum geht, wissenschaftliche Politikberatung zu stärken und zu sichern, so bedeutet dies gerade in Zeiten manifester Krisen, die Orte zu stärken, an denen Forschung stattfindet“.

Fazit

In der Pandemie ist Wissenschaft politischer und Politik wissenschaftlicher geworden. Zugleich sind ihre Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse komplexer und mitunter komplizierter geworden. Wissenschaftliche Politikberatung ist stärker als bisher in die Aufmerksamkeit von Medien und Gesellschaft geraten. Das bedeutet eine enorme Chance. Denn wissenschaftliche Politikberatung wird für die Bewältigung der kommenden Herausforderungen, insbesondere der Bewältigung der Klimakrise, essenziell sein. Die Aufforderung „Listen to the Science“ der Fridays-for-Future-Bewegung bringt das auf den Punkt. Doch dieses *listen to / follow the science* ist, auch das hat uns die Pandemie gelehrt, kein Selbstläufer. Die Gesellschaft hat zurecht hohes Vertrauen in die Wissenschaft und setzt große Hoffnungen in wissenschaftliche Politikberatung. Darin mag sich auch die Erwartung äußern, dass das diskursgeleitete, wahrheitssuchende Vorgehen der Wissenschaft politische Entscheidungen besser machen kann. Um diese Erwartung zu realisieren, sind Wissenschaft und Politik aufgerufen, die Praktiken und Standards ihrer Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Wir sollten auch in dieser Hinsicht aus der Pandemie lernen. Denn: Je besser die wissenschaftliche Politikberatung, desto besser die politischen Entscheidungen, die auf ihr basieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bermes, C.** (2021): „Wir müssen die Universitäten stärken in der Krise“. Online: https://www.faz.net/aktuell/wissen/forschung-politik/wissenschaftliche-politikberatung-universitaeten-in-krise-staerken-17509285.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Bundesministerium für Bildung und Forschung** (2021): #FactoryWisskomm, Handlungsperspektiven für die Wissenschaftskommunikation. Online: https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/factorywisskommpublication.pdf?__blob=publicationFile&v=1. [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Burk, M.; Hetze, P.** (2021): COVID-19-Pandemie: Hochschulen in der wissenschaftsbasierten Politikberatung. Ergebnisse des Hochschul-Barometers 2021. Policy Paper 6 des Stifterverbands. Online: <https://www.stifterverband.org/medien/hochschul-barometer-2021-politikberatung> [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Dullien, S.** (2021): Die „sausclau“ Stiko kann ihre Nicht-Empfehlung nicht erklären. Online: <https://www.welt.de/wirtschaft/article232904643/Impfungen-fuer-Jugendliche-Stiko-kann-die-Impfempfehlung-nicht-erklaren.html>. [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Friedrich-Ebert-Stiftung; pollytix strategic research (Faus, J.; Alin, S.; Sperl, M.)** (2021): Wissenschaft für das Allgemeinwohl, die Wirtschaft oder die Politik? Wahrnehmung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Politikberatung. Online: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/artikelseite/studie-wahrnehmung-von-wissenschaft-und-wissenschaftlicher-politikberatung>
- Kuhlmann, S.; Franzke, J.; Dumas, B., Heine, M.** (2021): Daten als Grundlage für wissenschaftliche Politikberatung. Online: <https://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/ls-kuhlmann/Politikberatung/Daten-Politikberatung-Kuhlmann-et-al-13-9-21.pdf> [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Lamberty, P.; Ree, J. H.** (2021): Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, A.; Küpper, B. (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, S. 283-299. Bonn: Dietz Verlag
- Leopoldina** (2021): Wissenschaftsbasierte Beratung von Gesellschaft und Politik in Krisenzeiten. Online: <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/wissenschaftliche-beratung-von-gesellschaft-und-politik-in-der-coronakrise/> [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Niebuhr, C.** (2021): Darf Wissenschaft aktivistisch sein? Online: <https://merton-magazin.de/darf-wissenschaft-aktivistisch-sein>. [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Schmutte, C.; Kroemer, H. K.**: „Wir müssen die Politikberatung neu aufstellen.“ Online: <https://www.faz.net/aktuell/wissen/forschung-politik/wissenschaft-staerken-politikberatung-im-land-neu-aufstellen-17495548.html> [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Schularick, M.** (2021): Der entzauberte Staat. Was Deutschland aus der Pandemie lernen muss. München: C.H. Beck.
- Weidenfeld, U.** (2020): „Tonspur Wissen. Virologen als Popstars – wie kommuniziert die Wissenschaft in Corona-Zeiten?“ Podcast. 30.04.2020. Online: https://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/Bilder_und_Downloads/Neues/Mediathek/Podcast/podcast_10463_coronavirus_tonspur_wissen_episode_212160_virologen_als_popstars_wie_kommuniziert_die_wissenschaft_in_corona_zeiten_1_mp3 [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Wissenschaft im Dialog** (2020): Wissenschaftsbarometer Corona Spezial. Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/>. [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Wissenschaftsrat** (2021): Impulse aus der COVID-19-Krise für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland. Online: https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8834-21.pdf?__blob=publicationFile&v=15 [letzter Zugriff: 20.09.2021]
- Ziegler, R.; Weißkopf, M.** (2021): Wer forscht warum wozu? Transparenz über Förderung, Interessen und Motive als Herausforderung für die Wissenschaftskommunikation. Policy Paper der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/artikelseite/policy-paper-wer-forscht-warum-wozu>

DIE AUTOR_INNEN DIESER PUBLIKATION

Prof. Dr. Stefanie Molthagen-Schnöring ist Professorin für Wirtschaftskommunikation und Vizepräsidentin für Forschung und Transfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

Dr. Jan Wöpking ist Geschäftsführer der German U15, der strategischen Interessenvertretung forschungsstarker und international sichtbarer medizinführender Universitäten.

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2021
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Analyse, Planung und Beratung
Redaktion: Dr. Martin Pfafferott, Marion Stichler
Grafik Seite 1: Johannes Beck ©
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

NETZWERK WISSENSCHAFT

Das Netzwerk Wissenschaft behandelt aktuelle wissenschafts- und hochschulpolitische Fragestellungen in Form von Konferenzen und Publikationen. Ziel der Aktivitäten ist es, zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit im Hochschulwesen, zur zukünftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems und zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in fortschrittliche Politik beizutragen.

Digitale Versionen aller Publikationen:
<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik>

KONTAKT UND FEEDBACK

Dr. Martin Pfafferott
Leitung Bildung und Wissenschaft
Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Martin.Pfafferott@fes.de

Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei:
Hochschulpolitik@fes.de



Besuchen Sie unseren Bildungsblog
www.fes.de/bildungsblog

Folgen Sie uns auch auf twitter.

